

Hager, Wolfgang

Article — Digitized Version

Europas wirtschaftliche Sicherheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hager, Wolfgang (1980) : Europas wirtschaftliche Sicherheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 9, pp. 456-461

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135481>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europas wirtschaftliche Sicherheit

Wolfgang Hager, Florenz

Die Öl- und Energieprobleme haben den westeuropäischen Industriegesellschaften ihre Abhängigkeit und Anfälligkeit drastisch vor Augen geführt. Wie steht es um die wirtschaftliche Sicherheit Europas? Mit welchen Auswirkungen auf die politische Stabilität müssen wir rechnen? Dazu einige Überlegungen von Dr. Hager von der Europa-Universität in Florenz.

Unter wirtschaftlicher Sicherheit wird meistens nur die Sicherheit der Öl- und Rohstoffversorgung verstanden. In einer etwas allgemeineren Auslegung wird dieser Begriff jedoch auch mit Blick auf die Instabilität des Welthandelssystems und der Weltwirtschaft angewandt, die in den siebziger Jahren immer deutlicher wurde. Hinter ihm steht letztlich die Erkenntnis, daß der Westen und insbesondere die Vereinigten Staaten die Kontrolle über die Entwicklung in den Industrieländern und in den Staaten der Dritten Welt verloren haben.

Die wirtschaftliche Sicherheit wird aber nicht nur aufgrund von objektiven Gegebenheiten als bedroht angesehen. Eine Rolle spielen auch die gestiegenen Erwartungen im Hinblick auf das, was als „normale“ Stabilität angesehen wird. Zwischen bloßen Unannehmlichkeiten und echten wirtschaftlichen Katastrophen wird nicht mehr scharf unterschieden. Will man jedoch das Wesentliche und Neue unserer gegenwärtigen Lage herausstellen, dann sollte man den Begriff der außenwirtschaftlichen Sicherheit in Analogie zu der anderen Dimension der äußeren Sicherheit, der militärisch-politischen, eng fassen.

Bei der militärisch-politischen Sicherheit kann man mindestens drei Formen unterscheiden: die physische Sicherheit, d. h. die Frage des Überlebens der Bevölkerung; die territoriale Sicherheit, d. h. die Frage des Bestandes des Staatsraumes; und – zumindest seit der französischen Revolution – die politische Sicher-

heit, d. h. die Frage der Bewahrung der eigenen Gesellschafts- und Staatsordnung. Die nationale Unabhängigkeit kann ebenfalls in vielen Staaten den Status einer nationalen Sicherheitsfrage erlangen.

Zwischen der wirtschaftlichen Sicherheit und der militärisch-politischen bestehen durchaus Parallelen. Für die ärmsten Länder der Dritten Welt (und die ärmsten Bevölkerungsgruppen in den meisten Entwicklungsländern) können außenwirtschaftliche Einflüsse eine unmittelbare Bedrohung für das Leben und die Gesundheit darstellen. Und einige Länder der Dritten Welt und selbst Staaten wie Kanada betrachten z. B. ausländische Direktinvestitionen als Bedrohung der nationalen Souveränität und damit der nationalen Sicherheit, obwohl die nationale Unabhängigkeit praktisch durch jegliche Form von internationalen Austauschbeziehungen eingeschränkt wird.

Politische Stabilität

Für Westeuropa ergeben sich dagegen aus dem Bereich der Außenwirtschaft kaum Gefahren für das Leben seiner Bürger und die Unabhängigkeit der Staaten, sondern eher für das, was die Politiker und die Verfasser von Leitartikeln als „politische Stabilität“ bezeichnen. Dahinter steht eine in gewissen Kreisen weit verbreitete, jedoch selten genauer beschriebene Befürchtung und Überzeugung, daß die Demokratie im Grunde ein Schönwetterphänomen sei. Soziale Kontrolle ohne Zwangsherrschaft, „Freiheit“, die Austragung von sozialen Konflikten innerhalb der Institutionen – dies alles beruht nach dieser Auffassung auf einem passiven Konsens einer im Grunde zufriedenen Bevölkerung. Bricht dieser Konsensus einmal zusam-

Dr. Wolfgang Hager, 40, ist Professorial Research Fellow am Department of Economics des European University Institute in Florenz.

men, z. B. als Folge schwerer volkswirtschaftlicher Rückschläge, dann werden autoritäre Regierungsformen unvermeidbar sein, unter welchem politischen Etikett sie auch immer firmieren. Hinter diesen Befürchtungen stehen natürlich Erinnerungen an die Volksfront- und die faschistischen Regierungen, die im Europa der dreißiger Jahre weit verbreitet waren. Eine enge Definition der nationalen wirtschaftlichen Sicherheit könnte somit lauten: Sicherheit vor solchen Veränderungen der außenwirtschaftlichen Parameter, die einen Zusammenbruch des (vom Betrachter vorgezogenen) sozio-politischen Systems hervorrufen.

Die Relevanz einer solchen engen Definition kann anhand der Öl- bzw. Energiefrage aufgezeigt werden. Eine plötzliche, fühlbare Einschränkung der Erdöllieferungen als Folge politischer oder militärischer Ereignisse im Mittleren Osten könnte für einige Monate das Alltagsleben und die Industrieproduktion dramatisch beeinträchtigen. Die Bevölkerung könnte jedoch in einer solchen Situation sehr wohl die Einschränkungen in Kauf nehmen, ohne „dem System“ die Schuld zu geben. Die Handlungsfähigkeit des Staates könnte sogar bei solch einer befristeten Krise zunehmen, wie die Erfahrungen der angelsächsischen Demokratien in Kriegszeiten beweisen.

Gefährliche Konstellation

Im Gegensatz dazu könnte eine allmähliche Einschränkung der OPEC-Produktion in den achtziger Jahren, wie sie von der CIA, der Exxon und der Internationalen Energieagentur vorhergesagt wird, weitaus größere Gefahren für die politische Stabilität Westeuropas mit sich bringen. Eine solche Einschränkung der Erdöiproduktion würde dem Wirtschaftswachstum enge Grenzen setzen, und zwar sowohl direkt als auch indirekt über die Auswirkungen auf die Inflation und die Zahlungsbilanzen. In den meisten Ländern würden die persönlichen Einkommen stagnieren oder sinken, und zwar wiederum direkt wegen der unvermeidlich höheren Preise für Erdöl und der daraus erstellten Produkte und indirekt wegen der allgemeinen Wachstumseinbußen.

Nach Berechnungen der OECD betrug der direkte und indirekte Einkommensverlust, den die Industrieländer als Folge der 1979/80 vorgenommenen Ölpreiserhöhungen hinnehmen mußten, 400 Mrd. \$. Das ist ein Betrag, der den addierten Sozialprodukten von Italien und Belgien entspricht.

Darüber hinaus bringt eine forcierte Anpassung der Wirtschaft an teure und knappe Energie eine erhebliche Zunahme der friktionellen Arbeitslosigkeit, die zur

konjunkturellen hinzukommt, sowie Kapitalinvestitionen mit sich, die nicht unmittelbar mit Produktionssteigerungen verbunden sind. Denn ähnlich wie Umweltschutz-Investitionen ermöglichen die Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen zwar ein weiteres Wachstum, ohne jedoch kurzfristig die verteilbare Produktion zu erhöhen.

Diese Konstellation ist gefährlicher als eine zeitlich begrenzte fühlbare Einschränkung der Erdöllieferungen, obwohl sich durch solch eine Entwicklung die Industrieproduktion innerhalb von sechs Monaten um 20 % verringern könnte, während eine längere Periode der Energieknappheit vielleicht nur einen Verlust an potentielltem Wachstum in Höhe von 10 % in einem Zeitraum von fünf Jahren bedeuten würde. Doch die stetige Erosion der Fähigkeit demokratischer Regierungen, die allgemeine Wirtschaftspolitik erfolgreich zu gestalten, und insbesondere der begrenzte wirtschaftspolitische Maßnahmenkatalog, der zur Bewältigung spezifischer politischer Probleme zur Verfügung steht, lassen für politische Prozesse Zeit, die den Grundkonsens in Frage stellen.

Soziale Toleranzschwelle

Vorstellungen dieser Art sind implizit in manchen Sonntagsreden der Politiker enthalten, wenn sie vor den Konsequenzen warnen, die der politischen Stabilität aus der Arbeitslosigkeit und dem niedrigen Wachstum erwachsen. Die Erfahrungen mit der Rezession seit Mitte der siebziger Jahre zeigten jedoch, daß die soziale Toleranzschwelle gegenüber Arbeitslosigkeit und Realeinkommensverlusten wesentlich höher liegt als vorher angenommen wurde. Tatsächlich war diese Periode durch ein Wählerverhalten gekennzeichnet, das zur politischen Mitte tendierte. Dies führte in den meisten europäischen Ländern zu schwachen Minderheits- oder Koalitionsregierungen, und zuvor eher radikale Kräfte, wie z. B. die Kommunistische Partei Italiens, befürworteten durchaus konservative Maßnahmen.

Wenn jedoch die konventionellen politischen Rezepte versagen sollten, könnte die Enttäuschung zu heftigen Gegenreaktionen führen – natürlich nicht in allen Ländern, sondern nur in solchen, die schon in der Zeit zwischen den beiden erdölbedingten Rezessionen mehr schlecht als recht gewirtschaftet haben. Einige Mittelmeerländer und vielleicht Großbritannien scheinen mögliche Kandidaten für solche Gegenreaktionen zu sein. Keine dieser Entwicklungen ist allerdings sicher oder auch nur wahrscheinlich. Aber das Risiko ihres Eintritts besteht, und Risiken und nicht Prophezei-

hungen sind Gegenstand von sicherheitspolitischen Debatten.

Im übrigen mußte für die gemäßigten, aber schwachen Regierungen der siebziger Jahre ein Preis gezahlt werden, der die wirtschaftliche Sicherheit verringerte. Eine rechtzeitige und durchgreifende Änderung der Politik, wie sie z. B. auf dem Energiesektor nötig gewesen wäre, wurde verzögert. Knappe Steuergelder blieben für solche Zwecke wie die politische Zufriedenstellung der Landwirte gebunden, und den Staaten und der Europäischen Gemeinschaft blieben zu wenig Mittel für die Aufgaben der achtziger Jahre. Die halbherzigen Versuche der Bundesrepublik und anderer Länder, eine strategische Rohstoffreserve zu schaffen, sind nur ein Beispiel dafür.

Bedrohung der Dritten Welt

Für die Länder der Dritten Welt kann wirtschaftliche Unsicherheit weit mehr als eine Destabilisierung des

politischen Systems bedeuten: sie kann über Leben und Tod entscheiden. Die meisten Hungersnöte der letzten Jahrzehnte können – zumindest kurzfristig – nicht dem internationalen wirtschaftlichen Umfeld zugeschrieben werden, sondern Naturkatastrophen und einer falschen Agrarpolitik. Eine wichtige Ausnahme, die kaum ins Bewußtsein der Allgemeinheit gedrungen ist, war die tiefgreifende Einschränkung der Sicherheit der Welternährung durch die Nixon-Regierung. Jahrzehntlang konnten sich die Länder mit potentiellen Defiziten im Nahrungsmittelbereich auf die riesigen Getreidereserven und die subventionierten Getreideexporte der USA verlassen. Die Entscheidung im Jahre 1969 über einen Abbau dieser Reserven führte in den frühen siebziger Jahren sowohl zu enormen Preissteigerungen als auch – z. B. auf dem indischen Subkontinent – zu absoluten Knappheiten. Seit einem Jahrzehnt diskutiert man darüber, wie man den ehemaligen amerikanischen Beitrag für die Weltgetreideversorgung international ersetzen kann.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Schriftenreihe zur Bankbetriebslehre und Finanzierung

Herausgegeben von Otfried Fischer und Johannes Feske

NEUERSCHEINUNG

Band 10 **Thomas Bscher**

BEWERTUNG UND AUSWEIS VON DEVISENGESCHÄFTEN IN DER HANDELSBILANZ EINER AKTIENBANK

Abweichungen vom Imparitätsprinzip, dem Grundsatz der Einzelbewertung und vom Saldierungsverbot bei der Bilanzierung von Devisengeschäften sind für eine am internationalen Devisenhandel teilnehmende Bank kaum vermeidbar. Ursachen und Rechtfertigungsgründe dafür, aber auch Möglichkeiten einer den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechenden Bilanzierung für Devisengeschäfte werden in der vorliegenden Studie detailliert dargestellt. Dabei werden Abläufe im Devisenhandel der Banken, die mit diesen Geschäften verbundenen Risiken und ihre Behandlung in der bankbetrieblichen Buchhaltung untersucht. Insofern ist das Buch auch geeignet, dem Leser einen Überblick über viele mit dem Devisenhandel der Banken generell zusammenhängende Fragen zu geben.

Großoktav, 215 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 45,—

ISBN 3-87895-196-5

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Internationale Hilfsprogramme können zwar zur Lösung von katastrophalen, geographisch begrenzten Hungersnöten beitragen. Sie haben jedoch eine geringe Bedeutung für die weitaus größere Zahl von Menschen, die in relativ wohlhabenden Entwicklungsländern am Rande des Hungertodes leben. Viele Arme insbesondere in den Städten leben von subventionierten Lebensmitteln. Verschlechtert sich die allgemeine Wirtschaftslage, dann wird die Fähigkeit der Regierungen, diese Subventionen zu gewähren, eingeschränkt. Der IWF macht manchmal sogar eine Verringerung der Subventionen für die Gewährung von Krediten zur Bedingung. Da viele dieser Länder insbesondere im Hinblick auf ihre Staatseinnahmen von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig sind, da sie über Preise und Mengen Auswirkungen auf die Einnahmen aus Rohstoffexporten hat, bedeutet die Aussicht, daß die Industrieländer in einer mehr oder weniger permanenten Rezession verharren könnten, eine Bedrohung der unmittelbaren Sicherheit von Millionen Menschen der Dritten Welt, die am Rande des Existenzminimums leben.

Folgen für Europa

Die politischen Folgen, die sich hieraus ergeben können, sind für die europäische Sicherheit von direkter Relevanz. Das Sekretariat der OECD stellt fest, daß die von ihm propagierte restriktive Wirtschaftspolitik, die der Inflationsbekämpfung dienen und reale Ressourcen für die Zahlung höherer Ölpreise freisetzen soll, „mit Sicherheit die Existenz der Entwicklungsländer schwieriger gestaltet. . . Wir müssen Sorge dafür tragen, daß die notwendigen Anpassungen nicht die fragilen Wirtschafts-, Gesellschafts- und politischen Systeme dieser Länder überstrapazieren“. Für Westeuropa kann sich hieraus primär ein Problem der politisch-militärischen Sicherheit ergeben. Wie das Beispiel Iran zeigt, kann ein radikaler politischer Wandel, verbunden mit anti-westlichen Ressentiments, eine massive Einschränkung bestehender Wirtschaftsbeziehungen mit sich bringen, selbst wenn dies für das betreffende Land mit hohen Kosten verbunden ist. Darüber hinaus würde schon eine längere Periode der politischen Instabilität die Produktion wichtiger Rohstoffe stören oder zumindest die notwendigen Erweiterungsinvestitionen verzögern.

Die stetige Expansion der Rohstoffbasis der Weltwirtschaft ist nur eins der rohstoffbezogenen Sicherheitsprobleme. Politische Unruhen oder Aktionen von Regierungen, die das „Investitionsklima“ trüben, können zwar mit der Zeit zu einer gewissen Verknappung des Angebots führen und damit inflationäre Impulse

schaffen. Doch erst wenn mehrere derartige Einflüsse gemeinsam auftreten, kann die wirtschaftliche Sicherheit als solche gefährdet werden.

Zum Inflationseffekt kommt es folgendermaßen: Erstens steigen die Kosten und damit die Preise, wenn bei Rohstoffinvestitionen den sogenannten sicheren Ländern (Nordamerika und Australien) der Vorzug vor Fördergebieten gegeben wird, die aus technischen Gründen die Rohstoffe kostengünstiger erzeugen können. Darüber hinaus verstehen es die sogenannten sicheren Länder besser als viele Entwicklungsländer, die Märkte zu beeinflussen und hohe Preise zu erzielen. Zweitens kann eine relative Verknappung des Rohstoffangebots zu Preissteigerungen führen. Dieser Effekt wird insbesondere in (wenn auch nicht mehr so stark ausgeprägten) konjunkturellen Boomphasen auftreten und die Wirtschafts- und Zahlungsbilanzpolitik einiger Länder zusätzlich belasten.

Versorgungssicherheit

Die schwerwiegendste Auswirkung einer zunehmenden Konzentration der Bergbauinvestitionen auf die Versorgungssicherheit hin ist die, daß damit die Bedeutung jedes einzelnen Lieferlandes wächst. Nur wenn es zu solch einer Konzentration kommt, kann die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen ein ernstes Problem werden. Aufgrund der Größenordnungen, um die es dabei geht, ist das Problem bei einigen mineralischen Rohstoffen eindeutig in unsere enge Definition der wirtschaftlichen Sicherheit einzuordnen. Nach Berechnungen des DIW würde ein jährlicher Ausfall von 30 % der Importmengen nur eines der zehn wichtigsten Erze und Metalle, wie z. B. Chrom, Mangan, Asbest, Wolfram, Nickel, Aluminium, Zinn oder Kupfer, die Industrieproduktion um 10 bis 28 % verringern und mehrere Millionen Menschen arbeitslos machen. Wäre dies bei Chrom, einem wichtigen Stahlhärter, der Fall, dann wäre mit 7 Mill. Arbeitslosen zu rechnen.

Gegenwärtig gibt es nur eine Region in der Welt, die gleichzeitig ein sehr bedeutender Produzent dieser Rohstoffe ist und deren politische Stabilität gefährdet ist: das südliche Afrika. Hierbei handelt es sich neben der Republik Südafrika um die Länder Namibia, Sambia, Simbabwe, Angola und Zaire, die ebenfalls in einen regionalen Konflikt verwickelt werden könnten. Die Republik Südafrika liefert 52 % des Mangans der Europäischen Gemeinschaft (zusammen mit Simbabwe 95 %), 31 % des Chroms, 42 % des Vanadiums und 12 % des Asbests, mit einem weit höheren Anteil bei gewissen Asbestfasern. Sambia und Zaire liefern zusammen 57 % des Kupfers der Gemeinschaft, um nur einige Zahlen zu nennen.

Mehr als alle anderen Überlegungen hat die Erkenntnis der Gefahren, die im südlichen Afrika für die Rohstoffversorgung entstehen, die Abneigung gegen ein nationales Bevorratungssystem überwinden helfen, die in der deutschen Wirtschaft und Verwaltung weit verbreitet war. Zwar wurde ein zentrales, staatliches Lager abgelehnt, ein Abkommen über die Lagerung kritischer Rohstoffe, die von Wirtschaft und Staat gemeinsam finanziert wird, steht jedoch zur Diskussion. Das Abkommen sieht vor, mit Rediskontmitteln der Bundesbank in Höhe von etwa 600 Mill. DM Chrom, Mangan, Vanadium, Kobalt und Asbest zu kaufen und zu lagern. Die Lagerbestände sollen für acht Monate reichen und die normalen Bestände der Industrie, die den Verbrauch dieser Rohstoffe für ein bis vier Monate abdecken, ergänzen.

Kosten von Vorräten

Die Kapitalkosten der geplanten Rohstofflager machen weniger als 0,1 % des Bruttosozialprodukts aus. Der potentielle wirtschaftliche Verlust, gegen den man sich damit versichern will, würde schon bei einem Rückgang des BSP um 10 % hundertmal größer sein. Das Lager ist also rein wirtschaftlich gesehen bereits sinnvoll, wenn eine Lieferunterbrechung auch nur einmal in einhundert Jahren eintritt. Diese grobe Rechnung berücksichtigt nicht die Lagerhaltungskosten. Auf der anderen Seite muß jedoch die rein wirtschaftliche Kostenrechnung noch durch eine politische ergänzt werden.

Der Plan löst jedoch nicht alle Probleme der Bundesrepublik, die bei einer Rohstoffverknappung auftauchen. Da im Ernstfall mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur die deutschen Importe betroffen wären, hätte ein regionaler Konflikt im südlichen Afrika auch auf die Handelspartner Auswirkungen, die sich nur geringfügig von denen unterscheiden würden, die das DIW für die Bundesrepublik errechnete. In diesen Partnerländern ist die Metallverarbeitung zwar nicht so stark vertreten wie in der Bundesrepublik. Dennoch würde der Ernstfall auf eine schwere weltweite Rezession hinauslaufen, von der die Bundesrepublik natürlich auch betroffen wäre. Die Bundesrepublik hat also ein Interesse daran, daß die westeuropäischen Partner ihrem Beispiel folgen, da sie zwei Drittel der deutschen Exporte abnehmen und die Vereinigten Staaten ohnehin über eine immense nationale Rohstoffreserve verfügen. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen würde jedoch die Preise in schwindelerregende Höhen treiben und die weltweiten Produktionskapazitäten überfordern. Dieses Problem hätte sich kaum gestellt,

wenn dieser Plan bereits 1975, als von Herbert Ehrenberg erstmals vorgetragen wurde, eine bundesdeutsche Rohstoffreserve mit Mitteln der Bundesbank zu bilden, realisiert worden wäre. Damals waren das Rohstoffangebot reichhaltig, die Preise niedrig und die Bundesbank überliquide.

Neben der geplanten neuen Rohstoffreserve unterhält die Bundesrepublik bereits beträchtliche Reserven von angereichertem Uran. Außerdem hat die Metallgesellschaft Zugang zu den Lagern der London Metal Exchange u. a. in Bremen. Die Lagerhäuser der London Metal Exchange lösen auch das Versorgungsproblem Großbritanniens – zumindest psychologisch. Frankreich hat 1975 eine bescheidene nationale Rohstoffreserve geschaffen, die nur etwa 150 Mill. DM kostete. Damit soll eine Versorgung mit Massengütern wie Kupfer und Zinn für drei Monate sichergestellt werden. Das größte Rohstofflager in Europa unterhält die Schweiz. Es hat einen Wert von etwa 5 Mrd. Franken und soll der Versorgungssicherheit im Kriegsfall dienen.

Die Sicherung gegen kurzfristige Lieferunterbrechungen bei Rohstoffen gehört – zumindest was die Technik betrifft – zu den einfacheren Problemen der wirtschaftlichen Sicherheit. Ist das Risiko erst einmal erkannt, dann ist die Lösung nur eine Frage von Zeit und Geld. Andere Bedrohungen der wirtschaftlichen Sicherheit sind subtiler: Sie sind schwer zu erkennen und noch schwieriger zu beseitigen. Hinzu kommt, daß tatkräftiges Handeln eines Landes oder einer Gruppe von Ländern Konsens erfordert. Die Harmonisierung der verschiedenen Interessen ist schon schwierig genug. Wenn aber bereits die Definition eines Problems und damit auch die Diskussion der Lösungen technische oder quasi-wissenschaftliche Kontroversen auslöst, wird die Reaktionszeit über Gebühr lang.

Europessimismus

Die subtileren Gefahren entstehen aus dem Zusammenwirken einer Reihe von Kräften, der Weltkonjunktur, dem Außenhandel, dem Energieproblem, dem internationalen Finanzsystem usw., die alle gewaltige und schnelle Anpassungszwänge auslösen, die oft mit Opfern verbunden sind. Gleichzeitig entwickelt sich – so der Interfutures-Bericht der OECD¹ – das Wertesystem unserer Gesellschaft in die entgegengesetzte Richtung. Die OECD kommt in ihrem Bericht zum Ergebnis – und dies steht etwas im Gegensatz zur eigenen Einschätzung der Sachlage –, daß das konventio-

¹ Einen Überblick gibt W. Michalski: The Long-term Prospects for World Development – The Main Results of the INTERFUTURES Project, in: INTERECONOMICS, 14. Jg. (1979), No. 6, S. 286 ff.

nelle Instrumentarium der Wirtschaftspolitik den Problemen gewachsen sei. Danach könnten die Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit mit Freihandel, einer Umverteilung der Ressourcen vom Konsum zu den Investitionen, einer Industriepolitik, die die Anpassungsprozesse beschleunigt, einer marktgerechteren Lohnstruktur usw. gebannt werden.

Eine alternative Sichtweise wird im OECD-Sekretariat als „Europessimismus“ bezeichnet, der in der Bundesrepublik am wenigsten zu spüren ist. Nach der Überzeugung der Europessimisten überfordert die Bewältigung dieser Probleme den Willen und die Fähigkeit unserer Gesellschaft. Der Ausgangspunkt dieser Auffassung ist ein Wachstumspessimismus. Die wachsenden wirtschaftlichen Probleme, die sich am deutlichsten in Form von hohen Inflationsraten in den meisten europäischen Ländern zeigen, werden als Ausdruck einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklung verstanden. Versuche, diese Schwierigkeiten mit Hilfe einer restriktiven Konjunkturpolitik zu beseitigen, führen zwangsläufig zu einer Unterbeschäftigung von Arbeit und Kapital. Die externen Inflationsimpulse aus dem Energiebereich erfordern immer weitere Beschränkungen der Gesamtnachfrage.

In dieser besonders ungünstigen Wirtschaftslage, die ja nicht zuletzt die Gewinne und damit die Investitionsmöglichkeiten der Industrie beeinflusst, müssen drei große Anpassungsprobleme bewältigt werden. Erstens sind die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf die Nachfragestruktur zu tragen. Die weltweite Krise der Automobilindustrie mit ihren beschäftigungspolitischen Implikationen ist nur ein besonders sichtbares Beispiel eines allgemeinen Anpassungsprozesses. Zweitens dürften beträchtliche Anpassungsprobleme von der Einführung vollautomatischer Produktionsprozesse ausgehen. Und dies dürfte auch dann der Fall sein, wenn der Nettoeffekt auf die Beschäftigung so niedrig ausfallen sollte, wie es in den wissenschaftlichen Untersuchungen zu dieser Frage vorausberechnet wurde. Die dritte und wichtigste Komponente sind die Anpassungsprozesse im Bereich des internationalen Wettbewerbs.

Bedrohung von allen Seiten

Der Europessimist sieht Europa von allen Seiten bedroht: von den Niedriglohnländern bei Billigprodukten, von den Japanern und Amerikanern bei standardisierten Konsumgütern und Erzeugnissen der Spitzentechnologie und von den sich neu industrialisierenden Schwellenländern, die mit einer unschlagbaren Kombination von billigen Arbeitskräften und modernsten Ka-

pitalanlagen mit ihren Produkten auf die Weltmärkte drängen. Diese beiden absoluten Vorteile können durch Wechselkursänderungen nicht ausgeglichen werden, so daß sich das europäische Realeinkommen erheblich mindern würde. Noch kann Westeuropa die Produktionsfortschritte etwa Japans imitieren, wenn es nicht den verteilungs- und sozialpolitischen Status quo radikal in Frage stellen will. Dazu müßten jedoch die Profitraten erheblich gesteigert werden, um eine rasche Abschreibung und damit Verjüngung des Anlagekapitals zu ermöglichen, und die Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen müßten eingeschränkt werden. Etwas von all diesen Maßnahmen ist implizit in der von der OECD propagierten Strategie der „positiven Anpassung“ enthalten.

In vielen Ländern regen sich jedoch Zweifel, ob sich Westeuropa überhaupt den neuen erfolgreichen Wettbewerbern anpassen kann oder sollte. Dies gilt natürlich am wenigsten für die Bundesrepublik, deren Produktionsstruktur zum Teil relativ gut dem Wettbewerb standhalten kann und zum Teil eine überdurchschnittliche Flexibilität und großes Anpassungsvermögen aufweist. Andere Länder befürchten dagegen eine hohe Arbeitslosigkeit, Stagnation und eine Deindustrialisierung. Die Europäische Gemeinschaft würde derartigen Prozessen sicherlich relativ früh zum Opfer fallen, und damit auch die größere Westeuropäische Freihandelszone. Denn da die Bundesrepublik energischen Widerstand gegen Protektionismus leisten würde, sähen sich andere Länder gezwungen, einseitige Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Balkanisierung Westeuropas

Eine echte Freihandelszone, die zwei Drittel der Exporte der Mitgliedsländer aufnimmt, würde in solch einem Falle der Idee eines freien Welthandelssystems geopfert werden, das bei näherem Hinsehen aus hochprotektionistischen und zum Teil planwirtschaftlich organisierten Ländern sowie aus Staatshandelsländern in Ost und Süd besteht. Das Beharren der Bundesrepublik auf einer Freihandelspolitik, die von der Europäischen Gemeinschaft einseitig aufrechterhalten wird, einer Politik, wie sie historisch immer nur von konkurrenzlos überlegenen Volkswirtschaften verfolgt wurde, würde erst die gemeinsame Handelspolitik und dann den Gemeinsamen Markt selbst zerstören. Die daraus folgende Balkanisierung Westeuropas würde mehr als nur die Existenz von demokratischen und kooperativen Regierungen gefährden. Spätestens hier läßt sich die Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit nicht mehr aufrechterhalten.